

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eintragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einlenkung auf Postfach-Konto Leipzig 56383; Kalkierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt — Redaktions-Abchluss: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 3

Sonnabend, den 19. Januar 1929

33. Jahrgang

Was wollen die Unternehmer in der Steinindustrie und im Steinseggewerbe?

Die Dachorganisationen der Arbeitgeberverbände bemühen sich schon seit längerer Zeit, durch bestimmte Direktiven in Denkschriften und Rundschreiben auf die ihnen angeschlossenen Verbände einzuwirken, damit diese in Lohnfragen nach einem gewissen Schema handeln. So zitierte Herr Dr. Steinlein im „Steinbildhauer“ kürzlich aus einer solchen Denkschrift der deutschen Arbeitgeberverbände folgenden Satz zur Beachtung:

„Fragen von Arbeitszeit und Lohn können niemals für sich allein entschieden werden, sondern nur unter Berücksichtigung aller unsere gesamte Wirtschaft beherrschenden, technischen, geldlichen und kommerziellen Momente.“

Diese und ähnliche wiederholte Hinweise haben jedenfalls die Unternehmer in der Steinindustrie und im Steinseggewerbe nun mobil gemacht und sie auf den Kriegspfad gedrängt. Ihre erste Handlung, die sie vollführten, war

die allseitige Kündigung der Tarife im Norden, im Süden, im Osten und Westen für fast alle Berufsgruppen in unserm Verbandsgebiet.

Es ist natürlich das gute Recht der Unternehmer, wie es auch das unsere ist, die Verträge über Lohn usw. zu kündigen; aber dennoch möchten wir einmal das Gezeir hören, wenn wir so alle Tarife kündigen würden. Die ersten Worte würden gewiß so klingen wie Verantwortunglosigkeit und Frivolität, Rücksichtslosigkeit auf den Bestand des Gewerbes usw. Wir haben das in den zurückliegenden Perioden bei viel minderen Anlässen sehr oft hören und lesen können. Aber es fällt uns nicht ein, jetzt mit gleicher Münze heimzuzahlen, obgleich es das Natürlichste wäre. Doch wir wollen das nicht, denn die Unternehmer in der Steinindustrie und im Steinseggewerbe wissen ebenso gut wie wir, daß bis dato immer noch mit Wasser gelacht wird, auch auf dem Kriegspfad mit den Arbeitern. Weiter kommt hinzu, daß wir wissen und die Unternehmer noch besser, warum sie ihre Betriebe aufrechterhalten, warum sie überhaupt Unternehmer geworden sind, doch nicht etwa, um mit den Arbeitern Krieg zu führen, sondern um — gestützt auf die menschliche Arbeitskraft — Geld zu verdienen. Diese Tatsache wird unter anderem die Unternehmer zuguter Letzt immer wieder, trotz der Direktiven ihrer Dachorganisationen, von der Handlung mit Pfeil und Bogen abbringen und das Kriegsgeschrei abgedröhnen, um sich der Behauptung ihres Verdienst- und Profitsfeldes zu widmen. Das ist die klare und nüchterne Betrachtung der Situation!

Damit wollen wir aber nun durchaus nicht gesagt haben, daß nun unsere Verbandsmitglieder tatenlos zusehen und denken sollen: „Das zieht sich ja alles wieder von selbst zurecht!“ Nein, so gemächlich dürfen wir die durch die Kündigung der Tarife geschaffene Lage nicht einschätzen, sondern wir müssen uns einrichten, um

die von den Unternehmern in der Steinindustrie und im Steinseggewerbe im Frühjahr zu erwartende Brandfackel unwirksam zu machen.

Gefündigt sind nämlich fast alle Bezirkstarife, die einen Bestandteil der Reichsmanteltarife darstellen, und das Merkwürdige bei dem Vorgehen der Unternehmer ist, daß diese Reichsmanteltarife in der Steinindustrie und im Steinseggewerbe nicht gekündigt wurden. Wir nehmen an, daß der Zeitpunkt hierzu von den Unternehmern verpaßt wurde. Doch mag dem nun sein wie ihm will,

jedemfalls denken die Unternehmer, allgemein einen Lohnabbau durchsetzen zu können, sie glauben, durch die Bestimmungen der Manteltarife daran nicht gehindert zu sein,

weil diese Reichsverträge nur Richtlinien für die abzuschließenden Bezirkstarife darstellen. Ueber die sonstigen Motive der Unternehmer zur Tarifkündigung haben wir nur Vermutungen, die, weil es solche sind, hier nicht angeführt werden sollen; denn mit Vermutungen läßt sich faktisch nicht operieren.

Was haben nun unsere Verbandsmitglieder in dieser Situation zu tun?

Obgleich es jedem Einsichtigen klar sein wird, scheint es doch angebracht, in groben Umrissen auf das zunächstliegende Allgemeine hinzuweisen. Die internen Verhaltensmaßnahmen können wir wegen ihrer Wichtigkeit natürlich nicht an dieser Stelle aufzählen, d. h. wir wollen das nicht, im eigenen Interesse unserer Mitglieder und des Verbandes.

Dumpingbelämpfung durch internationale Gewerkschaftsarbeit

Das Wort „Dumping“ entstammt der amerikanischen Geschäftssprache. Schlug ein Kaufmann seine Ware ohne Rücksicht auf die Kosten, die sie ihm selbst verursacht hatten, also zu Verlustpreisen los, so hieß es, er treibt Dumping. Diese Fälle kamen und kommen keinesfalls so selten vor, wie man meinen sollte. Wenn ein unliebsamer Konkurrent aus dem Felde zu schlagen war, und seine Vernichtung den Preis lohnte, dann war und ist auch heute noch Verkauf zu Dumpingpreisen etwas Alltägliches. Freilich kann ein Kaufmann oder auch ein Werk nicht dauernd Dumping treiben. Das würde seinen Ruin bedeuten. Es ist nur ein zeitbegrenztes Mittel zu einem bestimmten Zweck. So haftet schon dem Begriff Dumping etwas unangenehmes, unfaires, wie der Engländer sagt, an. Dieser Beigeschmack ist ihm auch geblieben, als das Wort in die internationale Handelsprache einging. Hier spricht man von einem Dumping, wenn auf den ausländischen Märkten Waren billiger angeboten werden als im Erzeugerlande. Denn die dort erzielten Mindererlöse oder gar Verluste muß der heimische Konsument durch höhere Inlandspreise bezahlen. Darüber hinaus hat der Dumpingbegriff noch eine Erweiterung erfahren, die im Sozialen wurzelt. Wenn ein bestimmter Industriezweig sich dadurch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig macht, daß die Arbeitszeit erheblich länger ist, als im Konkurrenzlande oder daß erheblich niedrigere Löhne gezahlt werden als dort, dann also, wenn die Konkurrenzfähigkeit auf Kosten der in dem betreffenden Industriezweig tätigen Arbeitnehmer geht, spricht man speziell von einem sozialen Dumping.

Vor allem muß in den einzelnen Orten und Bezirken die nötige Gelassenheit vorherrschen;

keine Provokation der Unternehmer, wobei ihnen vielleicht der Winter mit Frost und Schnee zu Hilfe kommt, darf unsere Verbandsmitglieder aus ihrer Gelassenheit ausschleichen;

für uns arbeitet die Zeit und der Sonnenstrahl. Dann muß natürlich in den einzelnen Orten die Werbearbeit mit erneuter Kraft und frischem Elan aufgenommen werden; denn es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wir für Unorganisierte, die feige Beilehre stehen, die Brandfackel der Unternehmer aufzufangen und zurückwerfen. Je geschlossener die Reihen, desto kräftiger und sicherer die Abwehr, desto größere Gewähr des Gelingens eines Angriffes unsererseits.

Im weiteren ist unbedingt darauf zu achten, daß die Beitragsleistung mit dem Statut im Einklang steht und sich auf keinen Fall Beitragsrückstände sammelt.

Rückstände und unrichtige Leistung in der Beitragsfrage sind nicht den Unorganisierten abscheuliche Koststücke an der blanken Wehr unserer Organisation, sie gleichen zerrissenen Riemen an einer Kutsche,

darum fort damit im eigenen Interesse. Wohl wissen wir, daß in den meisten der ca. 770 Zahlstellen unseres Verbandes alles mögliche in dieser Beziehung getan wird, doch in einem beträchtlichen Teil der Zahlstellen fehlen die festen Hände, um der örtlichen Organisation nach innen und außen das nötige Profil zu geben und was auch sehr wichtig ist — dies Profil unbedingt zu halten!

Dann ist wesentlich in dieser Situation die Unterordnung unter das Ganze, wir meinen hier etwa nicht die Unterordnung in dem Sinne: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen“, sondern ein vertrauensvolles Zusammenstehen und Zusammengehen erstmalig in der örtlichen Führung, diese wiederum übt das gleiche im Bezirk und im Gau und jene wieder das gleiche im Hinblick auf den Verbandsvorstand, auf die Zentrale. Gewiß sollen das ganz selbstverständliche Handlungen sein; aber es ist ja leider so, daß Selbstverständlichkeiten sehr oft nicht beachtet werden.

Alle Maßnahmen unserer Mitglieder und Funktionäre im Verbandsbereich, im Einzelbetrieb sowohl wie in Betrieben, die organisatorisch zusammengefaßt sind, dürfen nur im gegenseitigen Einvernehmen der obengenannten Führungen erfolgen.

Ein solches Ein- und Unterordnen nennt man Disziplin! Und diese muß gewahrt werden unter allen Umständen und in jeder Situation!

Zu der Verbandslage paßt sehr treffend ein Gleichnis, das wir kürzlich im „Bundesblatt des Volksbundes für Geistesfreiheit“ fanden; es handelt von 2 Arbeitern und lautet:

Ein Arbeiter mußte bei dem Baue eines Hauses Steine zutragen. Bei dem Haufen befand sich ein besonders großer Stein, der auch fortgeschafft werden mußte. Wenn aber der Arbeiter an diesen kam, schob er ihn immer wieder zurück und trug erst die kleinen hinweg. Nun beunruhigte ihn bei der ganzen Arbeit beständig der Gedanke, daß er den großen, schweren Stein noch hinwegschaffen müßte. Endlich tat er dies mit großem Verdruß, und da er schon ermüdet war, fiel es ihm besonders schwer.

Ein anderer Arbeiter hatte gleichfalls einen Haufen Steine vor sich liegen. Er nahm zuerst den größten, weil er wußte, daß er ihn doch einmal forttragen müßte. Die Last war schwer, aber der Arbeiter war noch gut bei Kräften und trug ihn wohlgemut, denn er freute sich schon auf die Erleichterung der Arbeit, wenn er an die kleinen Steine kommen würde. Nun ging ihm alles gut vonstatten, weil der das Schwerste und Unangenehmste überwunden hatte.

Welchem Arbeiter wollt ihr gleichen? Dem, der das Schwerste bis zuletzt verspart, oder dem, der mit dem Schwersten anfing? Gewiß läßt sich das Gleichnis auf verschiedene Vorkommnisse im Arbeiterleben anwenden, dennoch wird die Antwort keinem Klar denkenden schwerfallen. In der, in diesem Artikel geschilderten Verbandsituation, ist der schwere Stein sicherlich jenes, was unsere Mitglieder und Kollegen unbedingt zu tun und einzuhalten haben und was im Vorstehenden klar angedeutet wurde.

Das Schwergewicht aber liegt auf eigenem und gegenseitigem Vertrauen, auf sicherer, ruhiger Gelassenheit und auf Disziplin! Dann, — aber nur dann, steht unser ernstester, geschlossener Wille dem der Unternehmer viel kraftvoller entgegen!

Diese Unterscheidung wird zwar gemacht, ist aber gar nicht berechtigt. Denn in dem ersten Falle, daß ein Gewerbegebiet im Konkurrenzkampf sieghaft bleiben will, daß er im Inlande für dasselbe Produkt höhere Preise nimmt als auf den ausländischen Märkten, wird der Kampf eben auf dem Rücken der Verbraucherschaft ausgegossen. Da aber das Hauptkontingent der Verbraucher ebenfalls Arbeitnehmer sind und die hohen Inlandspreise deren Realeinkommen ebenfalls vermindern, könnte auch diese Form des Dumping gern als soziales Dumping angesprochen werden.

Diese Erläuterung des Dumpingbegriffes zeigt schon, wie eng das gewerkschaftliche Interesse damit verknüpft ist. Gewerkschaftliches Ziel ist nun einmal Erhöhung des Reallohnes und Verkürzung der Arbeitszeit. Da Dumpingmaßnahmen in entgegengesetzter Richtung wirken, finden sie die Gegenwehr der Gewerkschaften. Damit allein aber ist es für den auf praktische Erfolge eingestellten Gewerkschaftspolitiker nicht getan. Es heißt Wege zur Verhütung und Abwehr von Dumpingmaßnahmen zeigen und, wenn die Machtverhältnisse es gestatten, sie zu beschreiten.

Um zu zeigen, daß es sich hierbei durchaus nicht um nationalökonomische Lehrbuchweisheiten handelt, mag ein Beispiel angeführt werden, das die sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen von Dumpingmaßnahmen deutlich veranschaulicht. Im Handelsteil der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 15. Dezember 1928, einem ausgesprochenen Unternehmerviertel, lautete eine Meldung: „Die schwedischen Staatsbahnen haben soeben 30 000 Tonnen weißfärbter Kohle zum Preise von 20,10 Schilling (etwa 20,10 Mk.) in Stockholm-Malmö gekauft.“ Es heißt, daß der Verkäufer, in diesem Falle das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat, die Kosten für Versicherung

und Fracht bis zum Bestimmungshafen tragen muß. Die Fracht allein macht nun schon (je nachdem, welcher Weg eingeschlagen wird) 12 bis 15 Mark pro Tonne aus. Da nur etwas über 20 Mark bezahlt werden, gibt das Syndikat die Kohle zum Preise von 5 bis 8 Mark an die Schwedischen Staatsbahnen ab. Der Inlandsverbraucher bezahlt aber ab Werk 16 Mark pro Tonne. Ein anderer Fall. Die Tschechoslowakei ist heute zu einem Hauptproduktionslande von Schuhen geworden, weil Thomas Bata fast der alleinige Eigentümer der dortigen Schuhfabriken die Arbeiterschaft der in seinen Fabriken Beschäftigten durch ein raffiniert ausgearbeitetes System bis zum äußersten anzuspinnen weiß. Wie einwandfreie Dokumente (entnommen dem Buche „Der unbekannte Diktator Thomas Bata“, Seite 262 ff., Agis-Verlag, Wien-Berlin) beweisen, wird ohne Pause 12 und mehr Stunden bei Hungerlöhnen gearbeitet, wie sie in den zivilisierten westeuropäischen Ländern gar nicht denkbar sind. Natürlich ist Batas Konkurrenzfähigkeit nur durch das ungeheure soziale Elend, das er seinen Arbeitern und Angestellten bereitet, gegeben. Dadurch aber schädigt er nicht nur diese, sondern auch die Schuhfabrikation der Konkurrenzländer, wo starke Gewerkschaften ähnliche Zustände zu verhindern wissen.

Wie soll nun dem sozialen Dumping im Interesse der Arbeiterschaft entgegengetreten werden? Man könnte verleitet werden, das wirksamste Heilmittel im Schutzzoll zu suchen. Hierbei ist allerdings stets daran zu denken, daß dann das Land, gegen das sich der Zoll richtet, zu Gegenmaßnahmen greift, daß diese wieder mit neuen Zöllen beantwortet werden und somit statt einer wirtschaftlichen Annäherung nur eine weitere Zerküftung platzgreift. Das entspricht keinesfalls dem Wirtschaftsziele der internationalen Arbeiterpolitik, womit allerdings die Anwendung von Schutzmaßnahmen über die Handelspolitik bei besonders trafen gelagerten Fällen nicht ohne weiteres zu verneinen ist.

Sind jedoch andere, mehr Erfolg versprechende Wege gangbar, dann sollen diese gegangen werden. Hier wären zu nennen bei einem Dumping auf Kosten erhöhter Inlandspreise die internationale Preisverhandlung und beim ausgesprochenen sozialen Dumping internationale Bindungen in der Lohn- und Arbeitszeitgestaltung.

Die Anwendung von Dumpingmaßnahmen ergibt sich aus der Schärfe des Konkurrenzkampfes. Deshalb wird mit dessen Beseitigung das Uebel an der Wurzel ausgerottet. Tritt, um bei dem zuerst erwähnten Beispiel zu bleiben, kein zweiter Kohlenlieferant auf dem schwedischen Markt auf, der die deutschen Preise unterbietet, um seine Ware abzusetzen, so würde es dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat nie einfallen, dort oben zu Verlustpreisen zu verkaufen und damit den heimischen Markt zu verlassen. Die Forderung heißt deshalb Markterkundigung. Tatsächlich gehen ja auch starke Bestrebungen dahin, zwischen den Hauptkohlenlieferanten England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Sie finden die vollste Unterstützung der freien Gewerkschaften, mit der Maßgabe, daß ihnen eine entsprechende Vertretung in dem zu bildenden internationalen Kartell eingeräumt wird. Hier liegen auch für andere Gebiete noch große Zukunftsaufgaben, die nur im internationalen Rahmen zu lösen sind und eine starke und zielbewusste Gewerkschaftsinternationale erfordern.

Der zweite Weg, das soziale Dumping unmöglich zu machen, ist die internationale Regelung von Lohn- und Arbeitszeit. Bestrebungen zur Festlegung internationaler Mindestlöhne sind im Gange. (Das wird hoffentlich Herr Dr. Steinlein in München besonders interessieren. Red.) Aber die Schwierigkeiten, die sich aus dem in den einzelnen Ländern ganz verschiedenen Valuta- und Preisstande ergeben, sind ungeheuer groß. Sie müssen Schritt für Schritt unter Mitwirkung des internationalen Arbeitsamtes aus dem Wege geräumt werden. Mag diese Arbeit auch noch Jahre dauern, die Anfänge sind erfolgversprechend und es heißt, kräftig weiterzuarbeiten. Die internationale Regelung der Arbeitszeit verkörpert sich in dem Worte „Washingtoner Abkommen“. Seine endgültige Ratifizierung durch die Regierungen der bedeutendsten Industriestaaten ist notwendig, wenn es wirksam werden soll. Freilich ruft, ähnlich wie bei den unseligen Abrüstungsdebatten, jeder Staat dem andern zu: „Geh du voran“, aber dieser Ruf nimmt in dem Maße an Stärke ab, wie die Macht der organisierten Arbeitnehmer in den einzelnen Staaten zunimmt.

Diese ist aber nicht nur dazu erforderlich, sondern auch dann, wenn diese „internationalen Sozialgesetze“ einmal Wirklichkeit finden. Nicht darauf kommt es an, daß arbeitsfreundliche Gesetze bestehen, sondern vielmehr darauf, daß diese auch durchgeführt werden. Ihre Anwendung aber, so lehrt uns die Erfahrung, kann nicht nur unterbleiben, sondern auch ins Gegenteil verkehrt werden, wenn sich ihre sinnentprechende Durchführung nicht von einem starken sozialen Willen getragen, und in welchem Maße der in einem Volke lebendig ist, prägt sich am sichersten in der Stärke seiner Arbeiterorganisationen aus.

Vom Wirtschaftsleben im Jahre 1928

Das Jahr 1928 ist das zehnte Jahr nach Kriegsende und das fünfte Jahr nach der Währungsstabilisierung. Als es in die Geschichte eintrat, wies Industrie und Handel noch eine lebhafteste Beschäftigung auf. Das Jahr 1927 war ein Jahr der Hochkonjunktur. Diese hatte im Sommer 1926 eingesetzt und sich bis zum Herbst 1927 zu einem außerordentlichen Umfang gesteigert. Von dieser glänzenden Konjunktur vermachte die deutsche Wirtschaft in den ersten Monaten des verflorenen Jahres noch zu profitieren. Die Produktion ging im Anfang noch über die Ergebnisse des Vorjahres hinaus, um dann im weiteren Verlauf langsam zum Stillstand zu kommen und später in einen Rückgang überzugehen. Das verflorenen Jahr war also in seinem Verlauf nicht einheitlich.

Der hohe Stand der Auslandswirtschaft. Im Jahre 1928 hatte die Auslandswirtschaft ein wesentlich anderes Gesicht als im Jahre vorher. Im Jahre 1927 stand der deutschen Inlandskonjunktur eine ausgesprochene Depression in den wichtigsten Industrieländern gegenüber. England, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten u. a. konnten über einen Tiefstand der Wirtschaftslage berichten, während in Deutschland die Produktionskraft in ziemlichem Ausmaß in Anspruch genommen wurde. Das hat sich im Jahre 1928 geändert. Die Vereinigten Staaten befinden sich seit Monaten wiederum in einem ausgesprochenen Hochschwung. Frankreich erfreut sich eines raschen wirtschaftlichen Aufstieges, nachdem die Stabilisierung des Franc endgültig durchgeführt wurde. In der gleichen Lage befindet sich Belgien. Auch Italien beginnt sich wirtschaftlich zu erholen. In Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und den Randstaaten macht sich eine wirtschaftliche Besserung auf fast allen Gebieten bemerkbar. Die nordischen Länder zeigen das gleiche Bild. Nur England krankt nach wie vor an einer

hoher Arbeitslosigkeit, obwohl auch dort die Verbesserung der Produktionsgrundlagen in dem abgelaufenen Jahre in einer Weise durchgeführt wurden, daß die englische Wirtschaft als Ganzes viel gesünder dasteht als jemals zuvor. England hat neue Industrien zu entwickeln vermocht, die in einen großen Teil der Einfuhr überflüssig machen. Auch in den überseeischen Ländern, vor allem Japan und Südamerika, hat der Wachstumsprozeß angehalten, so daß bei einem Gesamtüberblick am Jahreswechsel von einer guten Weltwirtschaftslage gesprochen werden kann. Die Weltkonjunktur war ein wesentlicher Entlastungsfaktor für die deutsche Wirtschaft. Die gestiegene Ausfuhr war letzten Endes nur möglich, weil die Ausfuhrländer in hohem Maße aufnahmefähig waren.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wenn wir zu Einzelübersichten schreiten, so dürfte der Verlauf des Arbeitsmarktes als das wichtigste Symptom zu betrachten sein. Die Arbeitslosigkeit, mit der das Wirtschaftsjahr 1928 begann, war geringer als die im Jahresanfang 1927. Auch in den ersten Monaten blieb sie bei ihrem saisonmäßigen Absinken hinter dem Vorjahre zurück. Alsdann machte sich aber ein Umschwung bemerkbar, und vom August dieses Jahres gehen die Arbeitslosenziffern über die des Vorjahres hinaus. Der Verlauf der Arbeitslosigkeit geht aus nachstehender Aufstellung hervor:

Monatsende 1928	Hauptunterstützungs- empfänger einchl. der Arbeitslosenunterstützten	Proz. der Gewerkschaftsmitglieder Arbeitslos	Surzarbeiter	Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen
Januar	1 547 944	11,2	3,5	443
April	891 732	6,9	4,2	316
Juli	646 998	6,3	6,5	270
August	654 689	6,5	7,1	276
September	663 745	6,6	6,9	276
Oktober	763 959	7,3	6,8	307
15. November	904 049	9,4	7,1	—

Daß die Arbeitslosigkeit bereits im Sommer anwuchs, zeigt, daß wir uns in einer rückläufigen Konjunktur befinden. Der Arbeitsmarkt ist in der Nachkriegszeit bedeutend stärkeren Schwankungen ausgesetzt als vor dem Kriege. In den Jahren 1907—1913 kamen auf 100 offene Stellen 313 Arbeitsgesuche in der Spitze, während die niedrigste Ziffer 223 betrug. In den Jahren 1925—1928 bewegten sich diese Zahlen zwischen 632 und 283. Daraus geht hervor, wie schwankend die Wirtschaftslage in der Nachkriegszeit geworden ist.

Nicht unwesentlich für die Wirtschaftsgestaltung sind die Verhältnisse auf dem Bauminerale. Die Bautätigkeit hebt sich aus der allgemeinen Konjunktur insofern etwas heraus, weil die öffentlichen Gelder in ziemlich konstanter Weise dem Bauminerale zur Verfügung stehen. Nach den Berechnungen der Reichs-Kredit-Gesellschaft hat sich der Reinzugang an Wohnungen und Wohngebäuden in den letzten Jahren folgendermaßen gestaltet:

Reinzugang an Wohngebäuden	Wohnungen					
	1926	1927	1928	1926	1927	1928
1. Vierteljahr	4602	5468	6644	15 175	20 594	27 898
2. " "	4441	5402	6226	16 233	21 375	25 479
3. " "	4840	6600	7657	17 689	25 217	28 973
4. " "	7333	9578	—	26 258	37 954	—

Die Wirtschaftslage im Baugewerbe geht auch sehr deutlich aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes für die einschlägigen Berufe hervor. Das Bild, welches sich daraus ergibt sieht folgendermaßen aus:

Vollbeschäftigte in Proz. der Gewerkschaftsmitglieder	Baugewerbe					
	1926	1927	1928	1926	1927	1928
1. Vierteljahr	57,2	64,4	66,7	61,3	80,4	85,5
2. " "	76,2	91,5	89,4	71,1	93,2	92,9
3. " "	81,8	96,0	93,0	71,3	94,4	89,6
4. " "	73,9	74,2	—	76,7	87,1	—

Die Bautätigkeit hat sich im verflorenen Jahre auf einer ziemlich hohen Höhe gehalten. Allerdings wurde das Ausmaß des Jahres 1927 nicht erreicht.

Geld- und Kapitalmarkt. Wenn wir uns einem anderen Gebiet zuwenden, so bietet der Geld- und Kapitalmarkt lehrreiche Merkmale. Folgende Zusammenstellung vermittelt hierüber eine gute Uebersicht:

Goldbestand der Reichsbank	Abrechnungsverkehr der Reichsbank in Millionen Mark	Postfischverkehr	Sparkasseneinlagen	
			Januar	November
5 922	1 865	10 055	10 488	5 094
6 113	2 041	9 586	11 823	5 645
6 252	2 232	10 573	12 590	6 075
6 386	2 248	9 911	12 209	6 252
6 567	2 397	9 420	11 441	6 372
6 388	2 533	10 984	13 453	6 546
—	2 624	10 037	—	—

Ein revolutionärer Kämpfer

(Zu Lessings 200. Geburtstag.)

Im gegenwärtigen Zeitpunkt rückt die bürgerliche Welt feierlich um den 200. Geburtstag Gotthold Ephraim Lessings feierlich zu begehen. In zahllosen Zeitungsartikeln, Vorträgen und Feiern wird des Mannes gedacht werden, den die bürgerliche Gesellschaft als einen ihrer Helden verehrt. Mit welchem Recht das deutsche Bürgertum heute noch das Andenken Lessings feiert, ist zum mindesten zweifelhaft; die deutsche Arbeiterklasse hätte einen ungleich berechtigteren Anlaß dazu. Eine Würdigung der Persönlichkeit Lessings und seiner Ideen wird erkennen lassen, daß er ein Revolutionär großen Formats gewesen ist, und in seinem Denken der modernen Arbeiterklasse nahesteht.

Gotthold Ephraim Lessing wurde am 22. Januar 1729 in Kamen in Sachsen geboren. Drei Vierteljahrhundert waren seit Beendigung des 30jährigen Krieges vergangen. Die ersten Wunden, die der Krieg geschlagen, waren verkrampft. Deutschland arbeitete emsig an seinem wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Dessen hauptsächlichster Träger war das noch junge Bürgertum, das sich eben ansah, aus der Abhängigkeit des Feudalismus sich zu befreien. Mächtig war der Handel aufgeblüht, aber auch die Produktionsstätten (Manufakturen) wurden immer zahlreicher. Die Landesfürsten halfen dieser wirtschaftlichen Entwicklung kräftig nach; denn ihr Geldbedarf war infolge der immer größer werdenden Ausgaben für Heer und Verwaltung mehr und mehr gewachsen. Die Förderung, die die Fürsten der Wirtschaft angedeihen ließen, machte sich durch das vergrößerte Steueraufkommen doppelt bezahlt. Es war die Zeit des staatlich protektionierten Kapitalismus, in der Wirtschaftsgeschichte unter dem Begriff Merkantilismus gekennzeichnet.

Mit dem Aufblühen der Wirtschaft hatte die politische Entwicklung in Deutschland nicht gleichen Schritt gehalten. Während in England und Frankreich die nationale Einheit errungen war, vollzog sich in Deutschland die politische Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Das Kaiserreich war aus dem Kriege ungeheuer geschwächt hervorgegangen. Die vielen kleinen Landesfürsten teilten den Raub unter sich und zerstückelten das Deutsche Reich in eine Unzahl kleiner und kleinster Staaten. Deutschland geriet sowohl politisch als auch wirtschaftlich gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten ins Hintertreffen. Das Bürgertum Englands hatte sich bereits in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die demokratische Verfassung errungen und damit den Weg zur Welt Herrschaft beschritten. In Frankreich bahnte sich zur Zeit Lessings bereits die geistige Entwicklung an, gekennzeichnet durch die Namen Voltaire, Diderot und Rousseau, die wenige Jahrzehnte später zu einer der gewaltigsten Revolutionen der Weltgeschichte führte.

Die Kleinstaaterei schuf in Deutschland eine fürchterliche Enge. Es ergab sich kaum ein Tätigkeitsfeld für schöpferische revolutionäre Geister. Nicht, daß es an ihnen gefehlt hätte. Aber um leben und schaffen zu können, sahen sich selbst die größten deutschen Geister des 18. Jahrhunderts, Schiller und Goethe, gezwungen,

Der Geldumlauf hatte im Laufe des Jahres eine Erweiterung erfahren. Der Goldbestand der Reichsbank hat nicht unwesentlich zugenommen. Hierauf ist auch die Vermehrung der Zahlungsmittel im Inlandsverkehr zu erklären. Der Abrechnungverkehr der Reichsbank ist das ganze Jahr hindurch gleich geblieben. Der Postfischverkehr hat sich auf einer ansehnlichen Höhe gehalten. Die Sparkasseneinlagen wuchsen allmonatlich um mehr als 100 Millionen Mark an. Ende 1926 betragen die Sparkasseneinlagen 3091 Millionen Mark und Ende 1927 4665 Millionen Mark. Eine sehr gute Entwicklung, die beweist, daß auch in Deutschland von gewissen Schichten noch gespart werden kann.

Konkurrenz und Wechselproteste. Die Erscheinungen einer Wirtschaft können auch nach den Ziffern der Konkurs- und der Wechselproteste beurteilt werden. Das Bild, das sich hieraus ergibt, sieht folgendermaßen aus:

1928	Konkurse		Wechselproteste	
	Anzahl	Summe in 1000 Mark	Anzahl	Summe in 1000 Mark
Januar	786	189	6604	8 917
April	614	239	7248	10 551
Juli	655	342	7161	8 769
August	552	300	7100	8 707
September	530	257	6747	8 803
Oktober	685	264	7788	10 241
November	674	279	7314	9 956

Die Konkursziffern sind sich im verflorenen Jahre fast gleich geblieben. Ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftskrise sich in dieser Beziehung nicht ausgewirkt hat. Das gleiche ist bei den Wechselprotesten zu sehen. Sowohl die Anzahl als auch die Summe der zu Protest gelangenen Wechsel hat sich verhältnismäßig wenig verändert.

Zum Schluß wäre noch einiges über die Entwicklung der Löhne und der Lebenshaltungskosten zu sagen. Wir bringen hierüber folgende Zusammenstellung:

	Tageslohn (in M.)				
	1927		1928		Lebenshaltungskosten
	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	
Januar	46,40	34,37	48,96	36,91	150,8
April	47,97	36,01	49,99	37,77	150,7
Juli	49,17	36,70	51,42	38,86	152,6
August	49,09	36,63	51,53	39,26	153,5
September	49,02	36,63	51,71	39,82	152,3
Oktober	49,21	36,84	52,10	40,17	152,1
November	49,39	36,98	52,15	40,21	152,3
Dezember	49,43	37,01	—	—	—

Die Löhne sind allgemein, wie obige Zusammenstellung zeigt, auch im verflorenen Jahre gestiegen. Die außerordentlich aktive Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung hat hierzu nicht unwesentlich beigetragen. Das Jahr 1928 war ein Kampfsjahr ersten Ranges. Die ausgewiesenen Erfolge mühten den Unternehmern in hartem Kampfe abgerungen werden. Die Lebenshaltungskosten, die das statistische Reichsamt errechnet, sind im Jahre 1928 nur unwesentlich in die Höhe gegangen. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß es sich dabei um die bescheidensten Lebenssprüche handelt und wichtige Ausgaben nicht einbezogen sind. Es gehört zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterschaft, auch im neuen Jahre in der Aktivität nicht zu erlahmen.

Wir haben oben versucht, nach den verschiedensten Richtungen hin die deutsche Wirtschaft zu durchleuchten. Am Schluß des Jahres war eine außerordentlich hohe Zahl von Arbeitslosen zu verzeichnen. Solange es der Wirtschaft nicht gelingt, die Zahl der beschäftigungslosen Menschen herabzumindern, solange kann sie nicht als eine vollkommene angesehen werden. Selbst in den besten Konjunkturzeiten betrug die Arbeitslosenziffer immer noch durchschnittlich eine halbe Million. Das ist zweifellos kein idealer Zustand. Es müßte mit allen Mitteln seitens der privaten Wirtschaft und seitens der staatlichen Behörden dahin gewirkt werden, daß alle arbeitswilligen Menschen in Deutschland in Lohn und Brot gebracht werden. Erst dann kann man von einer vollendeten Wirtschaft reden. Wir bezweifeln, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung hierzu in der Lage ist.

Es ist schwer, für die Zukunft Prophezeiungen zu machen. Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten weiter an der Schwelle. Trotzdem ist die Aussicht vorhanden, daß im Frühjahr neben der saisonmäßigen Besserung auch eine Besserung der Konjunktur einsetzt wird. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß

ihre Unabhängigkeit aufgeben. Die politischen Verhältnisse in Deutschland wurden auch Lessing zum Verhängnis. Als Klassenbewußter Bürger war er zu stolz, sich in die förtliche Abhängigkeit zu begeben, und infolgedessen war sein Leben ein einziger Kampf mit den widrigen Verhältnissen.

Dem Piarersohn war eine ausgezeichnete Bildung mit auf den Lebensweg gegeben worden. Aber es widerstrebt ihm, nach dem Willen seiner Eltern einen akademischen Beruf zu ergreifen. Schon in jungen Jahren wirkt er als freier Schriftsteller in Leipzig, später in Berlin. Sein Tätigkeitsfeld ist das Theater. Der dreißigjährige Lessing führt bereits einen scharfen, erfolgreichen Kampf gegen die Literaturgötzen seiner Zeit, die mit dem Preußenkönig Friedrich II. der französischen Dichtkunst Gefolgschaft leisteten. Lessing führte seine Waffen mit Hilfe glänzender Geistesgegenstände. Er, der schon früh sein Denken im Studium der griechischen und römischen Klassiker geschaufelt hatte, war auch in den Philosophien seiner Zeit zu Hause. Besonders die französischen Aufklärer haben auf sein Denken einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Sie schiedeten der jungen Bürgerklasse die zum Befreiungskampf notwendigen geistigen Waffen. Lessing wurzelte mit seinem ganzen Sein in seiner Klasse und war ein Kämpfer für ihre Ideale wie kein anderer. Für die damalige Zeit ein unerhörtes Beginnen, wagte es Lessing, in seinen Dramen den Bürgerstand auf die Bühne zu stellen. Die bürgerlichen Trauerspiele „Miß Sara Sampson“ und „Emilia Galotti“ sind die Früchte dieser Schaffensperiode. Aber er hatte nicht das Glück, von seinen Klassen Genossen verstanden zu werden und sie zur Teilnahme an seinem Kampfe zu bewegen. Im Gegenteil, sie ließen den tapferen Kämpfer im Stich, zu einer Zeit, als er ihre Hilfe am notwendigsten gebräuchte. Der großartig angelegte Versuch der Schaffung eines Nationaltheaters in Hamburg war gescheitert, weil es eben eine deutsche Nation noch nicht gab. Trotz fruchtbarer Tätigkeit stand Lessing wiederum vor dem Nichts. Außere Verhältnisse zwangen ihn, seinem Unabhängigkeitssinn ein Opfer zu bringen. Um das Leben seiner Angehörigen sicherzustellen, nahm er die Schmach der Stellung eines herzoglich braunschweigischen Bibliothekars in Wolfenbüttel auf sich. Aber auch in dieser Stellung gelang es nicht, Lessing zum Schweigen zu bringen. Als sein Broterwerb den Versuch unternahm, die geistige Freiheit Lessings zu knebeln, verließ der schon alternde Mann seine Stellung, um wieder mutig den Existenzkampf auf sich nehmen. All das Leid, noch verstärkt durch ein widriges Schicksal in seinem persönlichen Erleben, konnte den tapferen Mann nicht entmutigen. Diese Schläge leitete vielmehr die größte Periode seines Schaffens ein. In dieser Zeit entstand das Drama „Nathan der Weise“, das höchste Dokument Lessingscher Weltanschauung. Die wunderbare Parabel von den drei Ringen in diesem Drama sollte zum Kulturgut jedes denkenden Arbeiters gehören. Ferner schuf Lessing die „Gespräche für Freimaurer“ und die „Erziehung des Menschengeschlechts“. Keiner und klarer als in Lessings Spätwerken sind die Ideale rationalistischer Weltanschauung formuliert worden.

Lessing starb im Jahre 1781. Seine letzten Lebensjahre waren völlig einjam gewesen, aber ein desto reicheres Innenleben vollzog sich in seiner Seele, und er ahnte die Unsterblichkeit seines Geistes

ein hoher Lebensstandard die beste Stütze für einen guten Verlauf der Wirtschaft ist. Deshalb werden es sich die Gewerkschaften auch im neuen Jahre angelegen sein lassen müssen, für eine soziale Besserstellung der breiten Verbraucherassen zu sorgen. Wenn Waren nach Absatz streben, dann muß ihnen der Weg zum Verbraucher freigemacht werden. Hungernde Menschen und überfüllte Speicher müssen Schreckensbilder der Vergangenheit sein.

Direktoren — die Parasiten der Volkswirtschaft

Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat sich der englische Premierminister Mr. Baldwin kürzlich in einer Rede folgendermaßen geäußert: „Seit die Privatunternehmungen in der Industrie den Aktiengesellschaften Platz machten, mäht sich in diese eine große Zahl von Leuten, die mit dem Management in Verbindung sind, und von Direktoren, die man als Parasiten bezeichnen kann“. In einer anderen Rede erklärte Baldwin: „Ich hoffe, daß man früher oder später bei der Bestellung von Direktoren einen Befähigungsnachweis verlangt. Ich hoffe, daß das „guinea pig“ (Meerschweinchen heißt der Spottname für Parasiten-Direktoren) dahin verschwinden wird, wo es hingehört: ins Museum.“

Der leitende Minister Englands weist hier auf einen Skandal hin, der sich in England besonders ausgebreitet hat. Einflußreiche Persönlichkeiten nehmen in der Industrie, im Handel, bei den Banken und Verkehrsunternehmungen eine Stellung als Direktor oder Aufsichtsratsmitglied an, die hoch bezahlt werden. Es gibt Personen, die eine Vielzahl solcher Posten inne haben und naturgemäß über außergewöhnlich hohe Einkommen verfügen. Die Einkünfte so begüterter Aemter der Staatskarriere haben infolgedessen an Anziehungskraft sehr verloren. Es zeugt von der Entschleunigung Baldwins, der bekanntlich konservativ und selbst Großindustrieller ist, wenn er öffentlich die Finger auf diese Wunde legt. Einen Unternehmer von der Sorte Baldwins dürfte Deutschland kaum aufzumeißen haben, denn er hat, wie erinnerlich, seine Kriegsgewinne freiwillig an die Staatskasse abgeliefert, und auch sonst Eigenschaften erkennen lassen, die hierzulande Kopfschütteln erregen würden. Wenn auch bei uns mit dem Direktorenposten ein solcher Anflug wie in England nicht getrieben wird, so ist auch hier die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß heute von der privaten Geschäftswelt außerordentlich hohe Gehälter gezahlt werden. Auch in Deutschland gibt es Personen, die über viele Dutzende von Aufsichtsratsposten verfügen und dadurch Einkommen haben, das den Lohn von hundert und mehr Arbeitern übersteigt. Aber man wird lange warten können, ehe ein deutscher Großunternehmer diese Art Leute mit Meerschweinchen und Parasiten vergleicht. Diese Herren genießen bei uns das höchste Ansehen. Das ist der große Unterschied. Die Offenheit Baldwins verdient höchste Anerkennung.



Gesperzt:

- 5. Gau: In Detmold die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Bauoffiziale Grotenburger Sandsteinbrüche. Inhaber: Dr. o. h. Meier, früher Kr. M e i e r in Hildesheim bei Detmold. — Die Firma F r i s c h e n i d e w i n d, Grotenburger Sandsteinbruch, Hildesheim bei Detmold.
- 6. Gau: In Tiefensteln, G. m. b. H., Oberlauchringen.

Einige Notizen wurden gestrichen, weil keine Zahlstellenmeldungen darüber vorlagen aus der letzten drei Wochen. Red.

Achtung, Schriftführer! Versammlungsberichte, die inhaltlich nur die Tagesordnung aufweisen, vom Kassenbericht und Wiederwahl des örtlichen Vorstandes handeln, haben für die Allgemeinheit nicht den Wert, um zum Abdruck zu gelangen. Werden auch künftig nicht mehr veröffentlicht. Im „Steinarbeiter“ sollen nur solche Berichte veröffentlicht werden, deren Inhalt über den örtlichen Rahmen hinaus Bedeutung hat. Redaktion.

wie seines Namens voraus. Die klassische Periode der bürgerlichen Dichtung hat größere Künstler hervorgebracht, in der Reinheit des Empfindens, in der Konsequenz seiner Handlungen steht aber Lessing unerreicht.

Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat es das Bürgertum verstanden, sich in seiner Weise mit Lessing auszuöhnen, vielmehr ihn bürgerlichen Zwecken dienlich zu machen. Nachdem Bürger und Junker in Deutschland ihr Kompromiß geschlossen, spürte eritterer das Bedürfnis, die eigene revolutionäre Vergangenheit vergessen zu machen und die Verbindung zur nationalen Vergangenheit zu suchen. So mußte der freiheitsstolze Lessing dazu gehalten, die Untertanengegnung des Bürgertums zu dokumentieren. Aus dem französischen Preußenkönig Friedrich II., der einem Manne wie Lessing die Bibliothekarellung an der Preußischen Staatsbibliothek verweigerte, wurde im Geistesunterricht der verdienstvolle Förderer deutscher Geisteswissenschaften. Franz M e h r i n g hat in seiner schönen Schrift „Die Lessinglegende“ die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung nachgewiesen und das Andenken Lessings von einem häßlichen Flecken gereinigt. In ihrer ganzen Größe und Reinheit tritt die Gestalt Lessings in der Schrift Mehriungs vor unsere Augen. Treffender ist kaum jemals der Kämpfer Lessing charakterisiert worden, schließen wir darum mit den Worten Mehriungs: „Unter den geistigen Vorämpfern des deutschen Bürgertums war Lessing nicht der genialste, aber der freieste und wahrhaftigste und vor allem der bürgerlichste; was immer wieder an seinen Schriften fesselt, ist der Charakter dessen, der sie schrieb. Ehrlichkeit und Mannhaftigkeit, eine unersättliche Begierde des Wissens, die Lust mehr nach am Trachten nach der Wahrheit, als an der Wahrheit selbst, die unermeidliche Dialektik, die jede Frage lehrte und wandte, bis ihre geheimsten Falten offen lagen, die Gleichgültigkeit gegen die eigene Leistung, sobald sie einmal vollbracht war, die grobartige Verachtung aller weltlichen Güter, der Haß gegen die Unterdrücker und die Liebe zu allen Unterdrückten, die unüberwindliche Abneigung gegen die Großen der Welt, die feste Kampfbereitschaft gegen das Unrechte, die immer bescheidene und immer stolze Haltung in dem verkehrenden Kampfe mit dem Glend der politischen und sozialen Zustände — alles das, und wie manches andere Erhebende und Erquickende noch! spiegelt sich in Lessings Briefen und Schriften...“ H. Wilh.

Kollekten zum Straßenbau

Von einem russischen Genossen wurde mit folgende Geschichte als unbedingt wahr erzählt. In D o e s s i a, der bedeutendsten Hafensstadt Rußlands, waren noch in den 80er Jahren viele Straßen ohne jedes Pflaster. Das ist für eine Stadt schließlich ein Mangel, für eine Hafenstadt von der Bedeutung Dossas aber ein geradezu unmöglicher Zustand. Deshalb beschloß die Kaufmannschaft, aus eigenen Mitteln die Kosten der Pflasterung einiger der wichtigsten Straßen aufzubringen. Das Geld sollte durch Sammlungen aufgebracht werden, was auch geschah. Als man das Geld beisammen hatte, sollte es dann dem Gouverneur der Stadt, natürlich ein zaristischer General und Günstling, feierlich überreicht werden. Die Kaufleute hatten jedoch ihre Sammlung oder Kollekte, wie man das damals allgemein bezeichnete, ohne die vorherige Genehmigung des Herrn Gouverneurs veranstaltet. Die Deputation der Kaufleute, die das Geld überbrachte, wurde deshalb von ihm äußerst ungnädig

Heiligenfeld. Am 23. Dezember tagte hier die Monatsversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende Kollege Neumann begrüßte die Anwesenden und dankte für das fast vollzählige Erscheinen. Im ersten Punkt der Tagesordnung kam man zur Wahl von zwei Delegierten zum Ortsausschuß des ADGB. Hierzu wurden einstimmig gewählt die Kollegen Breier und Wermke. Zur Quartalsabrechnung wurde nach Prüfung der Kasse durch die Revisoren Müller und Wermke dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Punkt Verschiedenes kam es zu einer lebhaften Aussprache. Vom Kollegen Wermke wurde ein gegenseitiger Austausch vorgelesen zwischen dem Steinschmiedmeister Beil und Bezirksleiter Kasper, weil er zwei Lehrlinge ohne jegliches Entgelt entlassen hat, obgleich die Lehrverträge ihn verpflichten, sie im Winter auch zu unterhalten. Die nächste Monatsversammlung wurde auf den 3. Februar festgesetzt.

Higerode. Bezirksversammlung vom 30. Dezember 1928 für die Zahlstellen Higerode, Germerode, Abterode und Eltmannshausen. Außerdem waren Vertreter der Zahlstellen Kassel und Hannover sowie der Gaulleiter Göhre und der Bezirksleiter Reiss erschienen. Zum Leiter der Versammlung wurde Kollege Walter, Higerode, zum Schriftführer Kollege Schreiber, Eltmannshausen, durch Zufall gewählt. — Zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Berufslage und Tarifverhandlungen“ weist der Kollege Göhre zunächst darauf hin, daß mehrere Landesbauämter in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, bei Neubauten von Landstrafen statt Steinpflasterung Teerstrafen, Makadam und dergleichen anzulegen. Wenn auch dieser Umstand zum größten Teil auf die finanzielle Lage zurückzuführen ist, so müssen die Kollegen doch in eigenen Interesse immer mehr darauf bedacht sein, nur einwandfreie, solide Arbeit zu liefern. Auch die Unternehmer müßten sich, mehr als bisher, im Interesse des Gesamtgewerbes darüber informieren, welche gewaltigen Anforderungen der moderne Verkehr heute an den Unterbau der Landstrafen stellt und die Behörden auf bestehende Mängel aufmerksam machen. — Bei den bisher stattgefundenen Tarifverhandlungen hat sich leider herausgestellt, daß ein großer Teil unserer Kollegen gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit ist. Kollege Göhre stellt fest, daß dies eine besorgniserregende Tatsache ist. — Die Bestimmungen über Ueberlandarbeit haben im neuen Nachtrag zum Tarifvertrag eine klarere Fassung erhalten. In Zukunft muß bei Uebernachtung eine Entschädigung von 4 Mk. pro Tag bezahlt werden. Es ist nun zu wünschen, daß auch alle Kollegen den Mut aufbringen und sich vom Unternehmer nach Tarif bezahlen lassen. Vor allen Dingen müssen im Frühjahr nach Wiederaufnahme der Arbeit die Betriebsleute gewählt werden. Deren Aufgabe wird es sein, auch die Wohlfahrtseinrichtungen zu überwachen. Die Unternehmer müssen in Zukunft für die an die Wohlfahrtseinrichtungen abzuführenden Beiträge Marken in die unseren Mitgliedern zugestellten Markentbüchlein kleben. Sollten es die Unternehmer ablehnen, neben dem Markentkleben die Lohnlisten wie bisher an die Wohlfahrtseinrichtungen einzureichen, so ist es Pflicht der Kollegen, mehr als bisher auf dem Posten zu sein und die Wohlfahrtseinrichtung zu überwachen. Darum darf im neuen Jahre kein Betrieb ohne Obmann sein! — Auch im Lehrlingswesen sind Richtlinien vereinbart worden, und es wird hier Aufgabe der älteren Kollegen sein, nach dem Rechten zu sehen und Lehrverträge nicht zustande kommen zu lassen, die diesen Richtlinien widersprechen. — Das bisherige Lohnabkommen ist von den Unternehmern zum 31. Januar 1929 gekündigt worden. Kollege Göhre ermahnt die Kollegen, ohne Ausnahme ihren Mann zu stellen, dann werden die kommenden Verhandlungen auch zum Besten der Kollegen geführt werden. — Kollege Beil, Hannover, führte aus, daß es sich bei der Auszahlung der Wohlfahrtsgelder herausgestellt hat, daß Kollegen unter Tarif gearbeitet haben. Ferner weist er darauf hin, daß sich jeder Kollege, der in Hannover in Arbeit tritt, vorab schriftlich anmelden hat. Schönewolf, Abterode, verurteilt das Ueberstundenwesen und verlangt unbedingte Einhaltung des Achtstundentages. Hierauf kommt Göhre nochmals auf die in diesem Jahre vorgekommenen Fälle der Nichtbeachtung des Tarifes bei Ueberlandarbeiten zu sprechen. Er erinnerte an die Baustellen Kieglersdorf, Stadtraa, Rotenburg, Bad Nenndorf u. a. Im Falle Nenndorf verurteilte er die Laubheit der dort beschäftigten Kollegen, unter denen ein großer Teil nicht den Mut fand, ihm eine Vollmacht zuzufächeln, um den Klageweg für diese Kollegen beschreiten zu können. — Hierauf richtete der Vertreter der Volksfürsorge im Bezirk Kassel, der Genosse Müller, die Mahnung an die Kollegen, nicht nur gewerkschaftlich und politisch tätig zu sein, sondern auch wirtschaftlich zu denken und genossenschaftlich tätig zu sein. Jeder Arbeiter muß nicht nur Mitglied des Konsumvereins, sondern auch bei der Volksfürsorge registriert sein. In Deutschland sind heute ungefähr 24 Millionen Zeitschriftenversicherungen abgeschlossen. Jeder denkende Arbeiter wird der Zeitschriftenversicherung den Rücken

angelassen. Und nicht nur das: Das ohne obrigkeitliche Erlaubnis gesammelte Geld wurde beschlagnahmt — und Koff und Reiter sah man niemals wieder!

Dem an eine geordnete kommunale Straßenverwaltung gewöhnten Mitteleuropäer mag es sonderbar klingen, daß man in diesem Falle das Geld zum Bau städtischer Straßen sowieso auf Sammelstellen aufbringen wollte. Das ist aber gar nichts so Ungewöhnliches. Ähnliches ist auch bei uns und selbst in Berlin üblich gewesen. In seiner „Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter“ weist Kollege M. K. n. o. l. l. nach, daß in früheren Jahrhunderten die Mittel zum Straßenbau ganz allgemein auf solche und ähnliche Weise aufgebracht worden sind. In noch früherer Zeit, z. B. in Griechenland schon wenigstens 100 Jahre vor unserer Zeitrechnung, galt sogar freiwillige Arbeit beim Straßenbau als ein den Göttern wohlgefälliges Werk. Im Mittelalter sehen wir in christlichen Ländern mehr Wohlthätigkeit. Nach und nach trat dann an die Stelle der persönlichen Arbeitsleistung die Hergabe von freiwilligen Spenden. Auch Ablaßbriefe wurden in den Dienst des öffentlichen Straßenbaus gestellt. Was Berlin anbetrifft, so läßt sich nachweisen, daß noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts versucht worden ist, Mittel zum Straßenbau durch „Kollekten“ d. i. freiwillige Sammlungen bei den Mitbürgern, aufzubringen. Bemerkenswert ist, daß auch hier solche Kollekten der königlichen Genehmigung bedurften — und erhalten haben. In K. o. n. i. g. s. b. e. r. g. i. k. brachte eine solche genehmigte Kollekte zur Pflasterung einer Straße 137 Taler 23 Silbergroschen 12 Pfennige (im Jahre 1767).

In Berlin scheint man um diese Zeit mit der Genehmigung schon zurückhaltender geworden zu sein. So ersuchten die Bewohner der Baumstraße (in der Nähe der Al. Frankfurter Straße) im Jahre 1770 vergeblich die Genehmigung zu einer Sammlung zu erlangen. Die Bewohner der Dragonerstraße hatten sich erbötig gemacht, aus eigenen Mitteln 300 Taler zur Pflasterung ihrer Straße aufzubringen, das Fehlen der Mittel wollten sie auf Kollekte sammeln. Auch ihnen wurde die Genehmigung verweigert, hauptsächlich wohl wegen der Höhe der noch fehlenden Mittel, die nach Schätzung sich auf 3700 Taler beliefen. Noch im Jahre 1798 erbaten mehrere vor dem Frankfurter Tore wohnhafte Gärtner die Genehmigung zu einer Sammlung. Sie betonten in ihrer Bittschrift, die selbstverständlich „Alleruntertänigst“ gehalten war, daß sie schon im Vorjahre durch „Einige Menschen Freunde unterstützt worden (und daher) diesen Damm eine Ganze Straße zu pflastern“ in der Lage gewesen waren. Sie versprachen, sich später auch ihrerseits wieder an solchen Sammlungen beteiligen zu wollen.

Daraus ist zu schließen, daß sich dieses System der Finanzierung des Straßenbaus noch bis zu dieser Zeit selbst in Berlin erhalten hatte. Gänzlich ist es denn auch in der Tat erst in den nächsten zwei Jahrzehnten beseitigt worden.

Heut fällt das Geld für die notwendigen Straßenpflasterungen auch noch nicht vom Himmel. Es wird uns aber in einer weniger auffälligen Weise abgenommen, und zwar in Form von Steuern. Ein Schmerzpunkt ist der Straßenbau noch immer für die Kommunen — heute sogar mehr denn je, — und manche kommunale Steuererhöhung ist darauf zurückzuführen. Dann ist es der Steuerhote, der die notwendigen Gelder „einsammelt“, unter Umständen unter Androhung von sehr unheilvollen Zwangsmaßnahmen, wie Pfändung und dergl.

Die Welt ist eben profascher geworden.

fehren und nur bei der Volksfürsorge sich und die Seinen versichern. — Kollege Walter, Higerode, fordert die Kollegen auf, das Gehörte zu beherzigen und auch danach zu handeln, denn nur dann können sich die Errungenschaften der Gewerkschaften zum Segen und Vorteil der Arbeiterschaft auswirken. — Kollege Göhre machte noch einige Ausführungen über die bevorstehenden Änderungen in der Arbeitslosenversicherung für Saisonarbeiter. Das betreffende Gesetz wird in Kürze herauskommen und namentlich die auf dem flachen Lande wohnenden am härtesten treffen. Es gelangte dann folgende Entschliessung einstimmig zur Annahme:

„Die in Higerode, Kreis Eschwege, am 30. Dezember 1928 tagende Bezirksversammlung der Steinschmied-, Pflasterer- und Berufsgenossen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands protestiert mit der größten Entschiedenheit gegen die Sonderstellung der sogenannten Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung. Die Bezirksversammlung fordert vom Reichstag und vom ADGB die Aufhebung dieser Sondergesetzgebung und Gleichstellung mit der sonstigen Arbeiterschaft.“

In Vorkriegszeiten war es den sogenannten Saisonarbeitern möglich, auch in der Winterszeit Beschäftigung zu finden. Lediglich durch die Kriegsfolgen ist ein anderer Zustand eingetreten und deswegen ist die Sonderstellung eine sehr harte Bestrafung und Mißachtung der Saisonarbeiter, die durch nichts gerechtfertigt ist.“

Hierauf schloß der gut besuchten und anregend verlaufenen Versammlung.

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg. Ende des Jahres 1928, Tagesordnung: 1. Bericht der Schlichtungskommission; 2. Stellungnahme zur Wohlfahrtstasse; 3. Verschiedenes. Nach einer unzeitgemäßen Anfrage gibt Kollege Laege Bericht der Schlichtungskommission. Die Verhandlung vom 26. September 1928 brachte nicht alles, was die Konferenz gefordert hat in bezug der Lehrlingsfrage und dem Leistungsstarf; jedoch die Jahrgeldfrage und der § 19 des Tarifvertrages sind im Sinne der Konferenz gelöst. Der Tarifvertrag läuft bis 31. Dezember 1929. Die Erläuterungen der geänderten Paragraphen des Tarifvertrages werden mit Interesse entgegengenommen. Einige Anträge in der Diskussion fanden ihre Erledigung in der Jahrgeldfrage und der Wächterfrage. In der Berichterstattung der Wohlfahrtstasse teilt Kollege Laege zunächst

Richtlinien

für die organisatorische Abgrenzung der sogenannten „Runterputzer“ in Nürnberg und Umgebung.

1. Für die Mitglieder des Baugewerksbundes und des Steinarbeiterverbandes, die innerhalb der letzten 2 Jahre vorwiegend als Steinmetz, Steinhauer oder Runterputzer beschäftigt waren und die auch gegenwärtig in diesen Berufsgruppen tätig sind, ist der Steinarbeiterverband die zuständige Organisation. Sind Mitglieder dagegen vorwiegend bei Maurer- oder Betonarbeiten beschäftigt gewesen oder noch beschäftigt, dann gehören sie in den Baugewerksbund.
2. Die örtlichen Organisationen sollen die Namen der in Betracht kommenden Mitglieder gegenseitig austauschen.
3. Bei Beachtung dieser Richtlinien ist es gleichgültig, ob das Mitglied in einem Bau- oder Steinmetzgeschäft tätig war oder ist.
4. Diese Richtlinien gelten auch für Neuaufnahmen.

Vorstehende Richtlinien können sinngemäße Anwendung in allen Fällen mehrfacher beruflicher Betätigung finden.

Der Verbandsvorstand. I. A.: Ernst Winckler.

mit, daß eine Vorbesprechung wegen der Auszahlung und Handhabung der Verteilung der Gelder, ohne Hinzuziehung der Vorstandsmitglieder nicht stattgefunden hat. Der sogenannte Gesellenverein hat sich an die Innungsgeschäftsstelle betreffs der Auszahlung der Gelder für seine Mitglieder gewandt, ist aber abgewiesen worden. Bei der Einammlung der Wohlfahrtstassenbücher — um mit einer recht hohen Mitgliederzahl zu glänzen — hat man auch Bücher von unseren Mitgliedern eingezeichnet und den Stempel des „Vereins“ aufgedruckt. In einer Besprechung mit der Organisationsleitung ist dem „Verein“ zugestanden worden, für seine Mitglieder am 22. Dezember 1928 besonders die Gelder auszusahlen. Eine weitere Frage ist: Wie behandeln wir die Unorganisierten in diesem Jahre nach den Vorgängen von 1927? Nach dem Ausgang der Klage vor dem Arbeitsgericht müssen wir uns umstellen. Bestimmte Abzüge dürfen nicht gemacht werden. Die Errechnung und Auszahlung muß nach dem Anhang des Statuts erfolgen, und es gibt nur eine Einheit für alle Beteiligten, unbeschadet derer, die da glauben, weil sie fast ein Drittel und noch mehr Arbeitsstunden und Tage gearbeitet und der Betrag für sie eingezahlt wurde, sie auch diesen erhalten müßten. Den sozialen Gedanken dürfen wir bei dieser Einrichtung nicht in den Hintergrund drängen. Einige Erläuterungen der Kassenverhältnisse fanden aufmerksame Ohren.

Anträge hierzu:
S p a n d a u ersucht, „statt 10 Prozent Abzug nur 5 Prozent für Verwaltungskosten in Abzug zu bringen.“

Döring-Rühne (Schöneberg): „Wenn Wohlfahrtstassen für Steinschmied, Steinhauer und Kammer weniger als 200 Arbeitstage aufweisen, wird deren Inhabern die Verpflichtung auferlegt, durch Kranken- und Arbeitslosenversicherung den Nachweis zu führen, daß für sie alles in Ordnung ist. Die sich herausstellenden Unregelmäßigkeiten sind in kürzester Zeit durch die paritätische Schlichtungskommission zu prüfen.“

Die beiden Anträge wurden von den Antragstellern begründet. Zu diesem Punkt der Tagesordnung sprachen 26 Redner. Wünsche und Anregungen waren das Ziel aller im Interesse der Organisation. Die beiden Anträge werden der paritätischen Schlichtungskommission überwiesen.

Der alte Beschluß, wonach der Abzug für die Invaliden-Kollegen weiter so gehandhabt werden soll, wurde bestätigt und die Auszahlung der Gelder an die Invaliden so gestaltet, daß $\frac{2}{3}$ der Summe in bar und $\frac{1}{3}$ in Konsummarken ausgezahlt wird. Der wiederholte Vorstoß, die Schlichtungskommission anders zu gestalten, weil die Kollegen, die beim Obermeister in Arbeit stehen oder gestanden haben, durch andere Kollegen ersetzt werden sollen, wurde mit 18 gegen 9 Stimmen abgelehnt. — Der Gruppenleiter, Kollege W. i. e. l., wurde in die Schlichtungskommission hineingewählt. Im Schlußwort geht Kollege Laege im großen Rahmen nochmals alles durch und hofft, daß bis zum Frühjahr die Einigkeit im Gewerbe unter den Kollegen wieder hergestellt sein möge, zum Wohl eines gedeihlichen Fortschritts. (Berichte bitte immer mit Tinte schreiben und mindestens innerhalb einer Woche nach der Tagung einenden, sonst ist der Inhalt überholt! Redakt.)

Stargard in Pommern. Am 4. Januar gut besuchte Jahreshauptversammlung im Lokal Körner. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls und Eingänge. 2. Kassenbericht. 3. Jahresbericht. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Gewerkschaftliches. Zu 1. wurden keine Beanstandungen gemacht, das Rundschreiben vom Hauptvorstand löste eine lebhafteste Debatte aus, weil die sachungsgemäße Unterstützung bei Krankheit oder Erwerbslosigkeit keine Verbesserung brachte. Bei Punkt 2 wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Jahresbericht gab der Kollege Marquardt. Die Mitgliederbewegung zeigte ein günstiges Resultat; es konnten 20 Kollegen der Organisation zugeführt werden.

In zwei Fällen wurde gegen den Unternehmer das Arbeitsgericht angerufen, die Sache ist aber noch nicht abgeschlossen. In der Diskussionsrunde wurden noch einige Anfragen vom Vorstand beantwortet. In der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Koebsch, 2. Griehbach; 1. Kassierer Marquardt, 2. Thielbeer; 1. Schriftführer Boork, 2. Lawrenz; 2. Revisoren Rauhs und Teichmann; als Kartelldelegierter W. Boork. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde die Erwerbslosigkeit der Lehrlinge besprochen und der Kollege Teichmann beauftragt, in dieser Angelegenheit mit dem Arbeitsamt Rücksprache zu nehmen. Zur nächsten Bezirkskonferenz, die demnächst stattfindet, wurden die Kollegen K. Koebsch und W. Boork gewählt.

Reichenbach (Vogtland). Am 6. Januar fand am Orte unsere Bezirksversammlung statt. In den Gesellenausschuß wurden neugewählt die Kollegen Spörl (Blauen), Trenzsch (Zwidau), Nehner (Aue) als ordentliche Mitglieder, Müller (Blauen), K. o. e. l. (Zwidau), Baumann (Aue), als Ersatzmitglieder. Gaulleiter Schulze teilt hierauf mit, daß die Steinschmied-Innung den Tarif gekündigt hat und als Grund dafür den neuen Tarif eine allgemeine Herabsetzung jekt bestehender Löhne und Leistungen ihrerseits vorsehen. Es erfolgte hierüber eine längere Aussprache, in der besonders Kollege Kahle darauf hinwies, daß das für uns unannehmbar ist. Er gibt den Chemnitzer Tarif zur Kenntnis, der dem unfrühen im Stundenlohn 20 Pfennig und im Akkord gar 50 bis 75 Prozent voraus ist, und er bittet alle Kollegen und Zahlstellen, Chemnitz nachzuweisen. Kollege Schreyer (Aue) stellt hierauf den Antrag, daß 10 Prozent Lohnerhöhung auf das Anerbiet der Arbeitgeber unsere Forderung sei. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Kollege K. o. e. l. gibt seiner Freude über den Anstoß an den Steinarbeiterverband Ausdruck, bedauert aber gleichzeitig, daß viele Unterstützungen, die der Baugewerksbund seinen Mitgliedern gab, vom Steinarbeiterverband nicht gewährt werden. Gaulleiter Schulze erwidert hierauf, daß das vom Steinarbeiterverband wohl erkannt wird, aber nicht so plötzlich geändert werden kann. Nachdem noch einstimmig beschlossen wurde, die nächste Bezirksversammlung in Blauen abzuhalten, schließt der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Coswig (Anhalt). Am 5. Januar d. J. fand unsere Generalversammlung statt, die von sämtlichen Kollegen besucht war. In der Vorstandswahl wurde als Vorsitzender Alfred Hasler, als Kassierer Erich Kahleisch, als Schriftführer der bisherige Werber gewählt. Als Delegierter zum Ortsausschuß wurde der Kollege Willi Hübel gewählt. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht, der sehr erfreulich war. Die Kasse war geputzt und für richtig befunden worden. Ferner gab der Vorsitzende und der Schriftführer einen kurzen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Hierauf wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Unter Verschiedenes wurden noch einige Fragen besprochen betreffs der Arbeitslosenunterstützung. Zum Schluß stellte der Kassierer den Antrag, „zur Einkassierung der Beiträge eine Entschädigung zu zahlen“. Nach längerer Debatte wurde dem Antrage zugestimmt und es wurden 10 Mark jährlich dafür bewilligt.

Am 27. Dezember 1928 fand unser einjähriges Stiftungsfest statt. Alle Kollegen nebst Frauen hatten sich dazu eingefunden. In einer kurzen Ansprache zog der Werdegang unserer Zahlstelle an unserem Auge vorüber. Ein gefelliges Beisammensein hielt die Mitglieder bis in die ersten Morgenstunden zusammen.

Ilkum. Am 6. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre erste Generalversammlung ab, die von 28 Kollegen besucht war. Zunächst verlas der Kollege Hagen die Abrechnung vom 4. Quartal 1928, woraus zu entnehmen war, daß unsere Lokalkasse im letzten Quartal eine wesentliche Aufbesserung erfahren hat, was nicht zuletzt auf sparames Wirtschaften des Kassierers zurückzuführen ist. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurden die eingegangenen Schreiben zur Kenntnis gebracht, u. a. von der Gaulleiter, daß der Kollege Leesch, Greifswald, den Gaulleiter beim Arbeitsgericht vertritt, wenn dieser verhindert ist. Ferner teilt der Gaulleiter mit, daß die Arbeitgeber den Bezirksstarf zum 31. März 1929 gekündigt haben. — Dann gibt Kollege Hagen einen Rückblick auf das Jahr 1928, woraus hervorgeht, daß unsere Zahlstelle in diesem Jahre eine gute Fortschritte aufweist. Hagen ermahnt die Kollegen, fest zum Verband der Steinarbeiter zu stehen und auch ihrem Stundenverdienst entsprechende Beiträge zu zahlen; denn nur auf dieser Grundlage ist ein Blühen und Gedeihen unserer Organisation möglich. Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Paul Sohn neugewählt; Kassierer M. Hagen; Schriftführer W. Fischer; Revisoren E. Holz und W. Heyn; K. ü. h. e. r. g. Hauskassierer; Kartelldelegierter Kollege E. Holz. Der neue Vorsitzende dankt dem alten Vorsitzenden W. Klein in ehrenden Worten für seine 15jährige Tätigkeit als 1. Vorsitzender unserer Zahlstelle. — Auf Antrag wurde beschlossen, für den Kassierer eine politische Tageszeitung zu bestellen; hierzu wurde bestimmt das Organ der SPD Pommerns, „Der Volksbote“. Ferner wurde beschlossen, unserem langjährigen ehemaligen Vorsitzenden, Kollegen Klein, zur Anerkennung ein Geschenk zu überreichen.

Fürstenstein (Bayr. Wald). Unsere Zahlstelle war schon einmal auf kurze Zeit die größte im Bayerischen Wald, sie schmolz dann aber durch die Flucht der hiesigen Steinarbeiter auf ein kleines Häuflein wieder zusammen. Aber, wenn auch klein, sie besteht noch. In Aufklärung und Aufmunterung der Kollegen hat es bisher nicht gefehlt, doch die Schwerhörigkeit ist grenzenlos. Jetzt, wo in Fürstenstein etwa 300 und im nahen Tittling sogar 400 Steinarbeiter arbeitslos sind, dümmert vielleicht doch mancher, welchen Schutz er freiwillig aufgegeben hat durch Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Organisation. Ohne Verband sind wir wertlos! Das möchten die Kollegen nur recht bald einsehen, sonst werden die Lebensverhältnisse der Steinarbeiter im Bayerischen Wald noch trauriger. Erfreulich ist, daß der Steinbruchbesitzer Herr Lenhof, hier, sich der Notlage der arbeitslosen Kollegen erbarmte; er hat an 73 Kinder zu Weihnachten je 3 Mark geschenkt. Das wird gewiß anerkannt. Doch zu bedenken ist, daß wir bei reiflicher Zugehörigkeit der Kollegen zum Verband öftlich auch etwas leisten könnten. So aber wie jetzt: Nichts und nochmals nichts!

Rimbach. Am 6. Januar fand hier beim Gastwirt Johann Seidel die Generalversammlung der Zahlstelle Weinheim statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Referat des Kollegen Weidenhammer. 4. Verschiedenes. — Der Kassenbericht war kein erfreulicher, da bei dem Gewerkschaftsfest ein Defizit entstanden ist. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Valentin K. o. l. l. wiedergewählt; als 2. Vorsitzender Kollege Heinrich Rauch; Kassierer und Schriftführer wurde Kollege W. H. l. e. r. t. Zu Revisoren wurden die Kollegen Jakob A. l. l. e. r. t. und Michael O. h. l. e. n. s. c. l. a. g. e. r. gewählt. Kartelldelegierter wurde Kollege Wilhelm H. e. d. m. a. n. n. Alsdann folgte das Referat des Kollegen Weidenhammer. Es hatte als Grundlage: „Warum muß der Arbeiter organisiert sein?“ Die Ausführungen waren lehrreich. Leider waren nur wenige Kollegen anwesend. Hoffen wir, daß in nächster Zeit noch mehrere solche Vorträge in unserer Zahlstelle gehalten werden können. Im Punkt „Verschiedenes“ stellt Kollege H. e. d. m. a. n. n. den Antrag an den kommenden Verbandstag: „Die Erwerbslosenunterstützung des Verbandes soll erst dann einsehen, wenn der Mann in die Krisenfürsorge eintritt.“ Einem zweiten Antrage, der lautete: „Unsere Zahlstelle solle sich dem Odenwaldbezirk (Koll. Weidenhammer) anschließen“, stimmten sämtliche anwesenden Kollegen zu. Alsdann ging man zum gemühten Teil über.

„Der soziale Standard des Arbeiters muß erhöht werden.“ Die Frankfurter Zeitung hat verschiedene Persönlichkeiten nach ihrer Stellung zur Politik gefragt.

Die Exportmöglichkeiten müssen bedeutend vermehrt werden. Zu diesem Zwecke muß man nach billigen Preisen für Rohprodukte streben und eine Steigerung der Nominallöhne vermeiden.

Herr Tieck sieht die Wirtschaftspolitik im richtigen Licht, wenn er auf die Notwendigkeit eines hohen sozialen Standards verweist.

Die Verschiebungen im Verbrauch von Genussmitteln. Die Genussmittel spielen im menschlichen Leben keine geringe Rolle. Ganze Industrien sind zur Befriedigung des Genussmittelbedarfs errichtet worden.

Nach der Kaffeegenuß ist in Deutschland zurückgegangen. 1927 betrug der Verbrauch auf einen Einwohner 6 Pfund pro Jahr, 1913 dagegen 5 Pfund und 1927 4 Pfund.

Ein gewerkschaftliches Jugendheim. Ende Dezember wurde das erste gewerkschaftliche Jugendheim Deutschlands in Lützenwalde eröffnet. Das zweckmäßig eingerichtete und gut gelegene Gebäude enthält einen Vortragssaal.

Freihaust Sachjen. Steinsetzerfachgruppe. Sonntag, 3. Februar 1929, 11 Uhr, im Volkshaus zu Leipzig: Landeskonferenz, Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen betr. Neuaufschluß des Landestarifs.

Wanderversus Kassell. Sonntagabend eintreffende Kasseler Teilnehmer erhalten ihren Quartierzettel beim Wirt des Gewerkschaftshauses, Epkestraße.

Table with 3 columns: Stunden, Kammer, Hilfsarbeiter. Rows show wage scales for different working hours.

bei verbleibendem Restgeld entl. noch tiefer gehend. Vorklänge erhalten das für sie Eingezahlte. Reklamationen an die Geschäftsstelle der Wohlfahrtskasse der Steinsetzer-Zinnung, Halle, Barfüßerstraße 6, II.

Die Wohlfahrtskommission. J. A.: W. Krähnert.

Empfehlenswerte Schriften aus unserem eigenen Verlag:

Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter

Der überaus reiche kultur- und sachhistorische Inhalt dieses Werkes muß jeden Steinarbeiter und jeden Straßenbauarbeiter veranlassen, sich schnellstens in den Besitz zu setzen.

- 1. Vorwort. — 2. Einleitung. Vom Sandweg zur Asphaltstraße. — 3. Die Straße der Urzeit. — 4. Die Gräber- und Tempelstraßen des Altertums. — 5. Religiosität und Altruismus im Dienste des Straßenbaues. — 6. Straße und Rechtswesen. 3 Teile. — 7. Straßen, Wege, Gassen, Zwangsstraßen, Umgehliche Straßen, Grundwehr. — 8. Das Straßenwesen im Altertum und Mittelalter. — 9. Die Anfänge des städtischen Straßenbaues. — 10. Ueber Straßenzustände in alter Zeit. 3 Teile. — 11. Hemmungen und Hindernisse. — 12. Zur Entwicklung der Wirtschaftsformen des Straßenbaues. — 13. Zur sozialen Lage des Gewerbes. Chronologische Darstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus sechs Jahrhunderten. Lohnbewegungen. — 14. Die Arbeitsaufsicht. Dienstliche Ordnungen. — 15. Der Straßenbau und seine Arbeiter im Lichte gesellschaftlicher Wertung. — 16. Wanderarbeit und Verhroibung. — 17. Wie der Name des Gewerbes entstand. — 18. Die Straße in Sprichwort und Dichtung.

Der zweite Band des Gesamtwerkes ist schon im Jahre 1913 erschienen (Preis 8 Mark). Der dritte Band wird ebenfalls in kurzer Zeit herausgegeben.

Der alten Steinmetzen Recht und Gewohnheiten

Preis 2,50 Mark. Mitglieder unseres Verbandes erhalten das Buch durch direkten Bezug für 1,50 Mark.

Den Verbandsfilialen ist zu empfehlen. Sammelbestellungen der vorgenannten zwei Schriften vorzunehmen. Die Bücher sind auch drucktechnisch vorzüglich ausgestattet.



Verlorene Mitgliedsausweise: In Frankfurt a. d. Oder das Verbandsbuch Nr. 96154 für Richard Krüger, Steinsetzer. In Süplingen das Verbandsbuch Nr. 27858 für Heinrich Bäte, Pfistersteinmacher.

Kalender 1929. Taschenbuch für die Verbandsmitglieder ist vergriffen; wo am Ort noch unverkaufte Exemplare lagern, müssen diese sofort zurückgeliefert werden.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

- 1. Gau (N.-W.): Wittmund. Vorst.: Heinrich Bokelmann, Knochenburger Straße 79. Kass.: Reinhard Jantzen, Klusforder Straße 171. — Wulfram. Vorst.: Paul Sohn, Neue Dorfstraße 8. — Schwerrin i. M. Vorst.: W. Eichenburg, Landreiter Str. 1. — Büxow. Vorst.: Max Dalla, Jungferstraße 22. Kass.: Ewald Richter, Jungferstr. 30. — Bugtehude. Vorst.: Heinrich Demmann, Ottenen, Post: Burtehude. — Kaitod. Vorst.: Rich. Schütt, Klosterbachstr. 1.
1. Gau (N.-O.): Stallupönen-Billfallen. Vorst. u. Kass.: Gustav Hecht, Stallupönen, Kasseler Str. 2. — Tiffit. Vorst.: Hermann Siemund, Moltkestraße 25. Kass.: Max Endruschkeit, Habrichstraße 18.
2. Gau: Dresden-Pirna. Vorsitzender der Steinsetzerfachgruppe, A. Krippendorf, Dresden-Kleist, Rante 30 b. — Ditzsch. Vorst.: Karl Bokkei, Altstadt b. Ditzsch. — Kass.: Heinrich Spantig, Altstadt b. Ditzsch 26b.
4. Gau: Landsberg (Bez. Halle). Vorst.: Karl Wiffing, Halleische Straße 121. — Coswig (Anhalt). Vorst.: Alfred Häfker, Siedlung Ratskietern, Block c 3. — Steudal. Vorst.: Reinhold Mewes, Mühlentstraße 14. — Magdeburg. Sektionsleiter der Steinarbeiter: Wilhelm Dannenberg, Angern, (Bez. Magdeburg), Breite Straße 58. — Seehausen Vorst.: Christian Ruffbaum, Am See. Kass.: Karl Darius, Zahnstr. 6. — Wittenberg. Vorst.: Louis Ulrich, Dabrun (Bez. Halle). Kass.: Ernst Schulze, Meiswig (Bez. Halle). — Egershausen. Vorst.: Daniel Höb-

- mann. — Barby. Vorst.: Franz Wüsthoff, Schulstraße 3, Kass.: Paul Bremer, Kapellenstr. 14.
5. Gau: Hamborn. Kass.: Franz Haase, Marktstraße 23. — Minden. Vorst.: Ludwig Rathert, Rinderheide, Post: Minden i. W.
6. Gau: Eberbach (Baden). Vorst.: Eduard Schönig, Schaffbrunnstraße 7. — Niederlindchen 6. Deidesheim. Kass.: Heinrich Schwahn, Wadenheim/Walz, Bahnhofstr. 15.
7. Gau: Selb. Vorst.: Max Solbrig, Sandstr. 23. — Kass.: Heinrich Kauf, Längener Straße 64. — Wittenberg. Vorst.: Heinrich Käufer, Baaderstraße 65, IV 1. — Gesees. Kass.: Joh. Schlegel, Nr. 187. — Büchsberg. Vorst.: Georg Moser, Schwinging, Post: Büchsberg.
8. Gau: Steinach (S.-M.) Kass.: Karl Schönsfelder, Berggasse 12. — Eibelsdorf. Vorst.: Sebastian Haas, Kass.: Josef Rieger.
9. Gau: Wiesbaden. Vorst.: Heinz Schmidt, Pfaffenstr., Wiesbaden-Biedrich Gartenstraße 5. — Frankfurt a. M. Das gemeinsame Gauverein (Steinindustrie und Steinsetzgewerbe) befindet sich jetzt: B a t t o n s t r a ß e 4/8 I. Et. Steinindustrie: Wolf Menges; Straßenbau: Jean M a h r. Dieburg. (Hess.) Vorst.: Wilhelm Bürger, Ringstraße 155. Kass.: Franz Diehl, Römerstraße 22.



Wiesbaden, S. Den Flüchtigkeitsfehler habe ich auf dem Gewissen, Du hast das Alter richtig mit 55 Jahren angegeben; also „Pater peccavi“ und Grub.

Oberaula, M. A. Die Aufschrift kommt nicht zum Abdruck. Einmal muß man mit vollem Namen für das Geschriebene wenigstens der Redaktion gegenüber einstehen, und dann ist die Darstellung alles andere, nur nicht klar und verständlich. Gut ist nur die Bezeichnung der „Schilder“ als Scheinwerfer; jeder hat eben seine eigene Auffassung.

Saisonarbeiter. Die angekündigte Abhandlung in Nr. 3 zur Information der Mitglieder mußte leider wegen Raummangels zurückgestellt werden. Auf der Beilage in Nr. 4 wird die Abhandlung im Auszuge gebracht. Bitte Geduld! Red.

Den Jahrestellen wird im Laufe dieser Woche die genannte Verordnung mit dem Berufs- und Betriebsverzeichnis zugeestellt. Wo das nicht eintrifft, Meldung an die Verbandsleitung.

A. F. H. Hast keinen Urlaubsanspruch, weil im Jahre 1928 nicht durchgearbeitet und die Arbeit eingestellt wurde.



Deutscher Steinbildhauer- und Steinmetz-Kalender. Taschenbuch für das gesamte dekorative und funktionale Steinbearbeitungsgewerbe, für Steinarchitektur und für die Steinindustrie. Verlag B. G. & C. m. b. H. S., Berlin W. 9, Dinkstraße 35.

Ueber den Inhalt unterrichtet auch hier am besten das umfangreiche Inhaltsverzeichnis, aus dem wir hervorheben: Der deutsche Naturstein und sein Vorkommen — Festigkeitszahlen von Gesteinen — Gründe für die Verwendung von Natursteinen — Deutscher Marmor-Naturstein und Kunststein — Das Steinmetzgewerbe — Das Steinbildhauergewerbe — Der Steinbruchbetrieb — Natursteinlegung — Gärteiteile — Steinankermittel — Maschinen und Werkzeuge zur Bearbeitung des Natursteins — Technische Vorschriften — u. m. — Daneben noch etwas zum Kalender gehört: Politaris, Eisenbahn, Maße und Gewichte, und Notabläter. — Außerdem gute Abbildungen von Bruchsteinen, Steinbauern und Steinbildhauerarbeiten. Alles in allem genommen ein gut zusammengefaßtes Buch, in der Hauptlage wohl für Politiker und Meister geeignet, für den vorwärtsstrebenden Steinmetzen und Steinbildhauer aber auch geeignet, nur wird für diese der Preis hoch sein. Der Kalender enthält beruflich nichts Neues, sondern ist eine konzentrierte Zusammenfassung von allem, was mit dem Beruf zusammenhängt. Gewiß ließe sich an Einzelheiten die kritische Sonde ansetzen, doch das wäre kleinlich, denn im ganzen betrachtet ist der Taschenkalender gut in seinem Inhalt, in der Aufmachung und Ausstattung. Wir wünschen ihm weitgehende Verbreitung unter unseren Verbandsmitgliedern, die sich zum Bezug nur an den eingangs erwähnten Verlag wenden müssen. Jedemfalls ist der Kalender rein beruflich gesehen von ganz anderer Art, besserer Art als das alljährlich herauskommende Taschenbuch für die Steins- und Zement-Industrie im Verlag Gebr. Bornträger, Berlin, herausgegeben vom Verwaltungsdirektor des Steinbruchs-Berufsgewerkschafts.

ANZEIGEN

Achtung, Steinhauer von Groß-Berlin!

Am Sonntag, dem 20. Januar 1929, im Lokal von Sachse, Berlin N., Lindower Straße 26. 10 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes — Gewerkschaftliches und Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, die Generalversammlung zu besuchen. I. A.: Richard Herfurth.

Köpenick

General-Versammlung Sonntag, 20. Januar 1929, 10 Uhr, bei Waldow, Köpenick, Berliner Straße 19. I. A.: R. Krahl.

Advertisement for 'Tüchtiger Werkzeugschmied' and 'Pflasterhämmer' with details about tools and services.

GESTORBEN

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
In Berlin am 20. Dezember 1928 der Steinsetzer Fritz Stooß, 64 Jahre alt, Herzschlag.
In Erder am 29. Dezember der Brecher Friedrich Grotjohann, 62 Jahre alt, 25 Wochen krank. Nervenleiden.
In Hamburg am 3. Januar 1929 der Steinsetzer Fritz Cohrs, 68 Jahre alt, Lungenerkrankung; am 6. Januar der Steinsetzer Friedrich Röblitz, 74 Jahre alt. Altersschwäche.
In Häslich (Sa.) am 4. Januar der Hilfsarbeiter Robert Zschiesche, 73 Jahre alt. Herzschlag.
In Osnabrück am 7. Januar der Brecher Erich Espye 31 Jahre alt, 3 Monate krank. Vergiftungserscheinungen.
EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.



Veranstaltungen: 23. Januar: In Altenhain, 14 Uhr, im Gasthof. Für Treibendorf, 14 Uhr, in der Vereinshalle zu Wiesau. Großhüttengrün und Steinmühle sind mit eingeladen. In Berlin die Steinhauergruppe, Lokal Sachse, Lindower Straße 26. In Köpenick, 10 Uhr, bei Waldow, Berliner Str. 19. Für Westhofen in Buchholz, Restaurant Götter. 2. Februar: In Dresden Steinsetzer und Kammer, 18 Uhr, im Volkshaus, Saal II. Sehr wichtig!